

hängt, wer die ökonomische Macht besitzt. Für die Agitatoren im Gleichrichterwerk, wie auch in anderen Parteiorganisationen, gibt es dazu handfeste Fakten. Es wiegt doch als Argument, daß zum Beispiel in der BRD rund 20 Monopole — drei Aktienbanken und 17 Industriekonzerne (ohne Bergbau und Öl), personifiziert in einer Clique von 50 Monopolherren — einen Großteil der wirtschaftlichen Macht auf sich vereinen. Dazu zählen die „Deutsche Bank“, die „Dresdner Bank“, die „Commerzbank AG“, die Krupp-Hüttenwerke, die Klöckner-Werke AG, die Mannesmann AG, die Hoesch-Werke und andere.

Den theoretischen Nachweis, daß die Herrschaft der Monopole die Herrschaft einer Minderheit ist, findet die Parteiorganisation immer wieder in Werken W. I. Lenins. Die Genossen im Gleichrichterwerk können die Worte der Genossin Hundt dadurch untermauern, indem sie in Lenins Thesen über die bürgerliche Demokratie und die Diktatur des Proletariats nachlesen. Dort betont Lenin — ausgehend von der Herrschaft der Monopole —, daß das Kapital Demokratie nur insoweit gestattet, als nicht an seiner Macht gerüttelt wird. Und er nennt hier auch als ein „Recht“ der Unterdrückten: Vertreter zu wählen, die das Volk im Parlament ver- und zertreten.

Kriterium dafür, ob in einem Staat Demokratie herrscht — das ergibt sich als Schlußfolgerung — ist eben nicht, ob Wahlen stattfinden, ob die Parteien sich wortgewaltige Gefechte liefern oder ob es eine Opposition gibt, scheindemokratische Merkmale gibt es zeitweise sogar in blutigen Diktaturen. Das Kriterium besteht vielmehr darin, daß die Mehrheit des Volkes in Staat und Wirtschaft das entscheidende Wort sprechen kann und tatsächlich spricht. Das aber setzt voraus, daß sich das

Eigentum an den Fabriken, Banken, am Ackerboden, am Wald, an den Forschungs- und Ausbildungsstätten in den Händen des werktätigen Volkes befindet.

Prinzipien der politischen Tätigkeit

Im Kollektiv der Parteiorganisation gibt die Genossin Hundt ein Beispiel dafür, wie Kommunisten wirken müssen. Sie sagte: „Für meine politische Arbeit als Abgeordnete und Gewerkschaftsfunktionär habe ich einige Prinzipien. Auf sie achte ich, weil mich die Praxis lehrt, daß ich ohne sie nicht wirksam werden kann.“ Das erste Prinzip ist: Ehrlichkeit gegenüber allen Kollegen. Nicht immer sind ihre Forderungen und Wünsche zu erfüllen, da gilt es, offen zu sagen, was nicht geht, was noch erarbeitet werden muß. Keine Versprechungen machen! Das Arbeiterwort muß gelten! Genossin Hundt hat in der Produktion die Erfahrung gemacht, daß es bei Schwierigkeiten stets richtig ist, offen und ehrlich die Situation zu schildern — „dann ziehen auch alle mit!“

Ihr zweites Prinzip ist: Zeit finden, wenn jemand ein Problem mit sich herumschleppt, Sorgen hat und um Hilfe bittet.

Es bestätigt sich eine Erfahrung der Parteiarbeit, daß gerade eine solche Verhaltensweise ein enges Vertrauensverhältnis zwischen Genossen und parteilosen Kollegen schafft: Das aber — auch um diesen Beweis geht es in diesen Wochen in der Wahlagitation — ist nur in unserem Arbeiter-und-Bauern-Staat, nur auf dem Boden der sozialistischen Demokratie möglich. Die Übereinstimmung in entscheidenden Fragen zwischen Parteimitglied und Parteilosen ergibt sich aus der Identität der persönlichen und gesellschaftlichen Interessen.

Im Kapitalismus aber gibt es eine derartige

Leserbriefe

Vorrichtungen und Werkzeuge gefertigt, gebaut und erprobt. Den Volkswirtschaftsplan haben die Werktätigen kontinuierlich und planmäßig erfüllt.

Nach dem IX. Parteitag lenkten die Kommunisten die Aufmerksamkeit in ihren Arbeitskollektiven darauf, sofort mit der Erfüllung der Beschlüsse des IX. Parteitages zu beginnen. In der Plandiskussion haben die Werktätigen dazu konkrete Vorschläge unterbreitet. Sie brachten zum Ausdruck, daß hohe Steigerungsraten in der Arbeits-

produktivität nur durch die Intensivierung der Produktion, also durch die Anwendung von Wissenschaft und Technik, erreicht werden können. Immer besser entwickelt sich jetzt die sozialistische Gemeinschaftsarbeit zwischen den Arbeitern und den Angehörigen der Intelligenz. Neue Verpflichtungen im Bereich Technik haben zum Inhalt, die geplante Fertigungszeit pro Erzeugnis um weitere 30 Minuten zu senken. In den Plan Wissenschaft und Technik wurden für 1977 Maßnahmen

aufgenommen, die sicherstellen, daß bereits 30 Prozent der Stunden abgedeckt werden, die durch das sozialpolitische Programm den Werktätigen zugute kommen.

Unsere Kollektive überarbeiten entsprechend den Zielstellungen des IX. Parteitages auf der Grundlage des Wettbewerbsprogramms unseres Betriebes ihre Brigadeprogramme.

Herbert Bräutigam

Parteisekretär im
VEB Kühlmöbelwerk Erfurt